

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates (Auszug)

Waldshut-Tiengen,
28. Juli 2014

Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr
Ende der Sitzung: 22:15 Uhr

Ort: Waldshut,
Katholisches Gemeindehaus

Öffentliche
Sitzung

Bevor die einzelnen Tagesordnungspunkte abgehandelt werden, verabschiedet Oberbürgermeister Albers die langjährige Stadträtin Erika Walde und dankt ihr für die gute Zusammenarbeit mit der Silbernen Stadtmedaille und einem Präsent.

93.

Wahl und Verpflichtung der Ortsvorsteher sowie deren Stellvertreter

Oberbürgermeister Albers begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt alle anwesenden bisherigen und neuen Ortsvorsteher und stellt deren Stellvertreter dem Gemeinderat vor. Der Oberbürgermeister gibt bekannt, dass die Ortschaft Gurtweil inzwischen ebenfalls eine neue Ortsvorsteherin gefunden hätte und diese in der nächsten Sitzung gewählt und verpflichtet werde.

Beschluss:

Der Gemeinderat wählt auf Vorschlag der Ortschaftsräte gemäß § 71 Gemeindeordnung folgende Ortsvorsteher und Stellvertreter:

Aichen-Gutenberg	Christian Maier Norbert Strittmatter	als Ortsvorsteher als Stellvertreter
Breitenfeld	Jürgen Bacher Christian Hoch	als Ortsvorsteher als Stellvertreter
Detzeln	Esther Koch Franz Albicker	als Ortsvorsteherin als Stellvertreter
Eschbach	Markus Waßmer Ulrike Obrist	als Ortsvorsteher als Stellvertreterin
Gaiß Waldkirch	Matthias Rüd Harald Gabriel	als Ortsvorsteher als Stellvertreter
Indlekofen	Hanspeter Schäuble Erwin Bächle	als Ortsvorsteher als Stellvertreter
Krenkingen	Frank Kaiser Christian Hug	als Ortsvorsteher als Stellvertreter
Oberalpfen	Armin Arzner Michael Ebi	als Ortsvorsteher als Stellvertreter
Schmitzingen	Siegmar Mutter Gudrun Kiefer-Falk	als Ortsvorsteher als Stellvertreterin

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Wahl

Gegen eine offene Wahl im Ganzen wurden keine Einwendungen erhoben.

Oberbürgermeister Albers nimmt die Verpflichtung der Ortsvorsteher vor und händigt die Ernennungsurkunden aus.

94.

Innenstadt Tiengen – Verkehrskonzept und Bauprojekte-

Oberbürgermeister Albers teilt mit, dass die vorgeschlagenen Bauprojekte und das dazugehörige Verkehrskonzept bereits im Stadtentwicklungsausschuss vorberaten wurden und der Ausschuss die Umsetzung der Vorschläge befürwortet. Danach erteilt er Margit Ulrich das Wort, die in einer kurzen Präsentation die wichtigsten Punkte und Vorschläge zum Konzept der Tiengener Innenstadt zusammenfasst und erläutert.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass über spezielle Probleme wie z.B. die Anzahl der Stellplätze oder die Gestaltung der Verkehrsberuhigung, in weiteren Sitzungen zu beraten sei.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion stimmt der Umsetzung des Projektes grundsätzlich zu, jedoch schlägt er vor, den Einbahnverkehr ganz zu vermeiden und eine Fußgängerzone in der unteren Hauptstraße einzurichten. Er beantragt, dass die Verwaltung untersucht, welche Auswirkung auf den Verkehr die Einrichtung einer Fußgängerzone in der unteren Hauptstraße zwischen Heckerstraße und Marktplatz hat. Der Oberbürgermeister nimmt dies als Prüfauftrag für die Verwaltung entgegen und stellt hierfür Zustimmung fest.

Stadtrat Bernhard Boll, AfD, regt an zu überlegen, ob es nicht vorteilhaft wäre, den Parkplatz an der B 34 von städtischer Seite zu übernehmen.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem geplanten Verkehrskonzept für die Tiengener Innenstadt zu und befürwortet die beiden vorgesehenen Bauprojekte.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

95.

Gemeinderat als Verwaltungsrat der Stiftung Spitalfonds Waldshut:

a) Änderung der Stiftungssatzung des Spitalfonds Waldshut

Der Oberbürgermeister legt die wichtigsten Punkte der Sitzungsvorlage dar.

Beschluss:

Der Gemeinderat als Verwaltungsrat der Stiftung Spitalfonds Waldshut beschließt folgende Satzungsänderung:

Nr. 4.2 „Stiftungsrat“ der Satzung in der Fassung vom 29. November 2010 wird neu gefasst:

„Der Stiftungsrat besteht aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates und **einer geraden Zahl von** weiteren Mitgliedern. **Die Anzahl der** weiteren Mitglieder, **mindestens 6, legt der Verwaltungsrat fest und** bestellt die weiteren Mitglieder und Stellvertreter widerruflich aus seiner Mitte. Die Vorschriften des § 40 der GemO von Baden-Württemberg über die Zusammensetzung der beschließenden Ausschüsse gilt entsprechend. Nach jeder Wahl des Gemeinderats / Verwaltungsrats ist der Stiftungsrat neu zu bilden.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

b) Änderung Gesellschaftsvertrag der Spitälerei Hochrhein GmbH

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage und die Verbindung zwischen Gemeinderat und Spitälerei Hochrhein GmbH. Außerdem weist er darauf hin, dass der Stiftungsrat bereits über die Angelegenheit beraten hat und dem Gemeinderat empfehle die Änderung des Gesellschaftsvertrages zu beschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat als Verwaltungsrat der Stiftung Spitalfonds Waldshut beschließt, den Gesellschaftsvertrag der Spitälerei Hochrhein GmbH, wie in der beigefügten Vorlage dargestellt, zu ändern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

96.

Stadtwerke Waldshut-Tiengen GmbH: Änderung Gesellschaftsvertrag

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Gesellschaftsvertrag in der beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

97.

Antrag der Gemeinde Albrück auf Errichtung einer Gemeinschaftsschule

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, keine Einwendungen gegen den Antrag der Gemeinde Albrück auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule zu erheben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Brandschutzkonzept Kornhaus

Vorstellung der Vorentwurfsplanung

Oberbürgermeister Albers erörtert kurz die Sitzungsvorlage und übergibt das Wort an Bürgermeister Gruner, der den jetzigen Stand des Projektes beschreibt und das weitere Vorgehen im Bereich Brandschutzkonzept Kornhaus Waldshut aus städtischer Sicht darstellt.

Danach stellt Architekt Kai Flender die Vorentwurfsplanung mit der Nutzung der Vereine im Kornhaus und der Ausarbeitung der zwei vorrangigen und empfohlenen Brandschutzvarianten A und D vor.

Stadtrat Helmut Maier, CDU-Fraktion, stimmt der Entscheidung gegen einen Abriss des Kornhauses zu, da die vielfältige Nutzung durch die Vereine weitergeführt werden müsse und keine Mittel für einen Neubau zur Verfügung stehen würden. Er spricht sich für Variante D aus.

Stadtrat Gerhard Vollmer, SPD-Fraktion, wirft die Frage auf, ob eine Abhilfemöglichkeit für die Stadtbücherei geschaffen werden könne, beispielsweise durch einen anderen Zugang oder die Verlegung in das jetzige Feuerwehrgerätehaus nach einem eventuellen Neubau.

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, erscheint ein provisorischer Rettungsweg aus Kostengründen besser, er befürwortet Variante C, da hierbei die Räume am wenigsten eingeschränkt würden.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, stellt in Frage, ob nicht die Möglichkeit bestehe, den alten denkmalgeschützten Bau mit einem Neubau zu verbinden.

Architekt Kai Flender bejaht diese Möglichkeit, jedoch nur wenn eine mittel- bis langfristige Umsetzung und Verbesserung angedacht sei, nicht für eine kurzfristige Sichtweise.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, zieht den Abriss des Kornhauses in Verbindung mit der Möglichkeit einen geeigneten Investor zu finden in Betracht.

Stadtrat Peter Kaiser, CDU-Fraktion, stellt den Vergleich zwischen den beiden Varianten A und D an. Er wirft besonders die Frage auf, ob beide Varianten von der Kostenintensität gleichwertig seien.

Herr Flender erörtert, dass bei Umsetzung der Variante A höhere Brandschutzanforderungen und die Denkmalschutzproblematik zu beachten seien und somit bei einer schrittweisen Erweiterung die Variante D die bessere und auch sicherere Maßnahme sei. Es sei wichtig, die Frage der Lifterschließung möglichst früh zu klären.

Nach weiterer Erörterung schlägt Bürgermeister Gruner vor, die beiden empfohlenen Varianten A und D noch einmal genauer durchzuplanen und die Kosten mit dem Einbau eines Lifts genauer zu analysieren.

Der Oberbürgermeister fasst zusammen, dass alle Gemeinderatsmitglieder den Einbau eines Lifts befürworten, jedoch im Moment offen bleibe in Form mit welcher Variante.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem grundsätzlichen Erhalt des Kornhauses zu. Er beauftragt das Architekturbüro Flender auf Grundlage der vorgestellten Vorentwurfslösung D und paralleler Betrachtung der Maßnahme A, mit weiteren Planungsleistungen bis einschl. HOAI, Lph. 4 (Genehmigungsplanung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

99.

**Kanalisation Waldkirch:
Auftragserweiterung der Bauarbeiten**

Oberbürgermeister Albers übergibt Uwe Kopf vom Tiefbauamt das Wort. Dieser erläuterte den bisherigen Stand der Baumaßnahmen in Waldkirch und das geplante weitere Vorgehen anhand einer Bilderpräsentation.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Waldshut-Tiengen erweitert den Auftrag der Tiefbauarbeiten an die Firma Schleith GmbH, Waldshut-Tiengen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Die Sitzung wird für eine Pause von 20:30 bis 20:40 Uhr unterbrochen.

100.

**Bebauungsplan „Brühl - Neumatten“, Tiengen (Fläche für Kindertageseinrichtung):
Satzungsbeschluss zur Änderung**

Der Oberbürgermeister erläutert, dass der Beschluss bereits im Bau- und Umweltausschuss vorberaten worden sei und dem Gemeinderat Zustimmung empfohlen werde.

Beschluss:

- I. Behandlung der Stellungnahme des Landratsamtes Waldshut:
 1. Die Bebauungsvorschriften werden ergänzt. Auf dem Grundstück sind zusätzlich drei mittel- oder hochstämmige standortgerechte Laub- oder Obstbäume anzupflanzen. Als Ersatz kann je Baum auch eine zusammenhängende Gehölzpflanzung von mindestens 12 m² angelegt werden.
 2. Die Hinweise zu der aktuell vorliegenden Hochwassergefahrenkarte werden in die Bebauungsvorschriften aufgenommen.
- II. Der Gemeinderat beschließt die Änderung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Brühl – Neumatten“, Stadtteil Tiengen im Teilbereich der Grundstücke Flst.Nrn. 438/2 und 452/7 als Satzung. Die Begründung, die Bebauungsvorschriften und der zeichnerische Teil der Änderung sind Bestandteile des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

101.

**Fünfte Änderung der Bebauungsplanes „Unterstetten - Untere Neumatten“, Tiengen:
Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss (Kunstrasenplatz)**

Der Oberbürgermeister erörtert, dass der Beschluss bereits im Bau- und Umweltausschuss vorberaten worden sei und dem Gemeinderat Zustimmung empfohlen werde.

Auf die Frage von Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, antwortet Ingenieur Kaiser, dass die vorhandenen Hochspannungsleitungen bestehen bleiben könnten – dies sei mit dem Versorgungsunternehmen abgeklärt.

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplanes „Unterstetten – Untere Neumatten“, Stadtteil Tiengen. Durch Änderung des Bebauungsplanes wird eine Fläche für Gemeinbedarf (Fläche für Sportanlagen) festgesetzt.

Die Begründung, die bauplanungsrechtlichen Festsetzungen und der zeichnerische Teil der Änderung (jeweils Entwurf) sind Bestandteile des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigelegt.

102.

**Einfacher Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften
„Galgenäcker zwischen L 159 und Porschestraße“, Tiengen
a) Aufstellungsbeschluss**

Beschluss:

Der Gemeinderat fasst den Aufstellungsbeschluss eines einfachen Bebauungsplanes „Galgenäcker zwischen L 159 und Porschestraße“ nach § 2 Abs. 1 BauGB. Der Abgrenzungsplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

b) Veränderungssperre

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt gemäß § 14 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 BauGB eine Veränderungssperre für das Grundstück Flst.Nr 1398 (Gewerbegebiet) im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes „Galgenäcker zwischen 159 und Porschestraße“, Stadtteil Tiengen. Die beigelegte Satzung zum Erlass einer Veränderungssperre ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlagen sind dem Protokoll beigelegt.

103.

Bildung einer erschließungsbeitragsrechtlichen Abrechnungseinheit für das Erschließungsgebiet, Bebauungsplangebiet Bergstadt III

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt für das Bebauungsplangebiet Bergstadt III, aller innerhalb des Bebauungsplangebietes liegenden Straßen, eine erschließungsbeitragsrechtliche Abrechnungseinheit nach § 37 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) für Baden-Württemberg. Der beiliegende Lageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

104.**Baugebiet "Mühlenwies" Stadtteil Gurtweil:****Beteiligung der Stadt an den Kosten für Hochwasserschutzmaßnahmen**

Bürgermeister Gruner berichtet über den jetzigen Stand und die Schwierigkeiten der Maßnahmen, sowie über die Verhandlungen zwischen den Projektentwicklern und den Grundstückseigentümern hinsichtlich des Projekts.

Beschluss:

Die Stadt beteiligt sich an den Kosten der Hochwasserschutzmaßnahmen für die benachbarten Grundstücke des Baugebietes „Mühlenwies“, Stadtteil Gurtweil. Auf die Erhebung der Klärbeiträge für das künftige Baugebiet wird verzichtet. Die beiden städtischen Grundstücke im Baugebiet werden dem Projektentwickler kostenlos übereignet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

105.**Waldflurbereinigung Weilheim:****Erweiterung Indlekofen****Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt,

1. die im Flurbereinigungsplan ausgewiesenen gemeinschaftlichen Anlagen und Waldwege ins Eigentum der Stadt zu übernehmen,
2. die Verkehrssicherungspflicht und die Pflicht zur Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen und Waldwege zu übernehmen,
3. mit der Unanfechtbarkeit der Schlussfeststellung erforderlichenfalls die Vertretung der Teilnehmergeinschaft und die Verwaltung ihrer Angelegenheiten zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

106.**Anpassung der Grundstückspreise in den Ortschaften**

Oberbürgermeister Albers legt dar, dass die Empfehlung des Verwaltungs- und Sozialausschuss eine Anhebung auf 90 €/m² in allen Ortschaften beinhalte.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, lehnt die einheitliche Anpassung auf 90 € pro m² ab, da er der Ansicht ist, die Attraktivität der einzelnen Ortschaften müsse hervorgehoben werden und die Preise sollen der tatsächliche Marktsituation entsprechen.

Stadtrat Paul Albiez-Kaiser, GRÜNE-Fraktion und Stadtrat Bernhard Boll, AfD sind ebenfalls gegen die einheitliche Anhebung der Grundstücksverkaufspreise, da auch aus ihrer Sicht die Attraktivität und die Baukosten in den einzelnen Ortschaften unterschiedlich seien.

Der Oberbürgermeister erörtert das bisherige Vorgehen hinsichtlich des Verkaufs der Grundstücke und dem Zustandekommen der entsprechenden Preise. Er ist der Meinung, dass die Differenzierung der Grundstücksverkaufspreise in den einzelnen Ortschaften für die Bürger nicht nachvollziehbar sei und er deshalb die einheitliche Linie beibehalten möchte.

Beschluss:

Der Gemeinderat folgt dem Empfehlungsbeschluss des Verwaltungs- und Sozialausschusses vom 14. April 2014 und beschließt, die Grundstückskaufpreise in den Baugebieten in den Ortschaften einheitlich von 80,00 € auf 90,00 € pro m² zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Bei 4 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

107.

Erwachsenenbildungsreihe der städtischen Schulsozialarbeit

Melanie Haselwander und Stefanie Leber von der städtischen Schulsozialarbeit stellen das Projekt der Erwachsenenbildungsreihe mit ihren verschiedenen Bestandteilen vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Elternbildungsreihe der städtischen Schulsozialarbeit zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

108.

Errichtung eines Elternberatungsangebotes

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Einrichtung einer Elternberatungsstelle in den Kindertageseinrichtungen Zeppelinstraße und Breite Straße ab dem Kindergartenjahr 2014-15 für einen Probetrieb von vorerst zwei Jahren wie erläutert. Die Verwaltung wird beauftragt, nach 1,5 Jahren Betrieb einen Erfahrungsbericht im Verwaltungs- und Sozialausschuss vorzustellen.

Die für das Haushaltsjahr 2014 erforderlichen Mittel von 3.500 Euro werden außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt von der Haushaltstelle 01.4640.700000.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

109.

**Vertragliche Regelungen zum neuen Kindergarten in der Südstadt Tiengen:
Beschluss über Vertrag und Grundstücksverkauf**

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, wie in der beigefügten Vorlage dargestellt, die Verträge für den Verkauf des Grundstücks und die Betriebsträgerschaft abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

110.

**Kinderbetreuungsangebot auf dem Aarberg:
Schaffung zusätzlicher Plätze im Kindergarten St. Johannes**

Brigitte Reichmann erläutert die Sitzungsvorlage und beschreibt die Schaffung der zusätzlichen Plätze im Kindergarten St. Johannes in Verbindung mit der Auslagerung des Personals.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zu, das Betreuungsangebot im Kindergarten St. Johannes auf eine Krippengruppe mit 37,5 Wochenstunden umzustellen und auf die Dauer von maximal 5 Jahren eine weitere Gruppe mit verlängerten Öffnungszeiten (07.30 – 14.00 Uhr) einzurichten.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Laufe des Sommers den Container zu stellen. Die erforderlichen Mittel werden mit Deckung aus der Haushaltsstelle 01.4640.700000 zur Verfügung gestellt.

Der Träger des Kindergartens St. Johannes erhält die Kostenzusage für die beschriebene Personalaufstockung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

111.

**Antrag Hotel "Schwanen" auf Nutzung eines Teilbereiches des Johannisplatzes
oder der Rheinstraße zur Bewirtung im Freien**

Der Oberbürgermeister erläutert die Sitzungsvorlage mit dem Ergebnis, dass es keine Möglichkeit gäbe den Antrag des Hotels "Schwanen" auf Bewirtung im Freien umzusetzen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag des Hotel „Schwanen“ auf Nutzung eines Teilbereiches des Johannisplatzes oder der Rheinstraße zur Bewirtung im Freien abgelehnt wurde und dass beabsichtigt ist, den daraufhin eingegangenen Widerspruch zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Vereinsförderung

a) Zuschuss an Minigolffreunde Waldshut e.V.

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Die Minigolffreunde erhalten für die Renovierung einer der beiden Bahnen einen Zuschuss in Höhe von 40.000 € sowie eine Ausfallbürgschaft ebenfalls in Höhe von 40.000 €

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

b) Zuschusserhöhung an ESV Waldshut für sanitäre Anlagen

Oberbürgermeister Albers erläutert die Sitzungsvorlage. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Zuschuss an den Eisenbahnersportverein wird um weitere 20.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis: Bei 1 Nein-Stimme
mehrheitlich zugestimmt

c) 25 Jahre Fußgängerzone

Die Gemeinderatsmitglieder konnten sich über die beigefügte Tischvorlage einen genauen Einblick in die voraussichtliche Kostenaufstellung für die Jubiläumsfeier machen.

Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Der Werbe- und Förderungskreis erhält aus Anlass 25 Jahre Fußgängerzone für die Durchführung eines Festes 10 000 €

Abstimmungsergebnis: Bei 2 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

d) Schützengesellschaft Waldshut: Chilbi

Der Oberbürgermeister erläutert die Situation und die Grundsätze des Vertrages mit der Schützengesellschaft. Außerdem zeigt er auf, dass die Nutzenmöglichkeit bzw. die Einnahmeseite der Schützengesellschaft in einem geringen Verhältnis zum hohen Aufwand bei der Durchführung des Heimatfestes stehe. Nach weiterer Erörterung

Beschluss:

Die Schützengesellschaft 1468 erhält zur Durchführung der Chilbi 12 000 €

Abstimmungsergebnis: Bei 2 Nein-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

113.

Spenden

Oberbürgermeister Albers informiert über die zugegangenen Spenden für die Stadt Waldshut-Tiengen:

- 7.273,14 € wurden an die Stadtbibliothek in Form von Büchern gespendet.
- 300 € und 100 € wurden an die Freiwillige Feuerwehr Waldshut-Tiengen gespendet.

Der Oberbürgermeister stellt Zustimmung zur Entgegennahme dieser Spenden fest.

114.

Bekanntgaben

Umschuldungen

Der Oberbürgermeister gibt die in der beigefügten Vorlage, aufgeführten Darlehensumschuldungen bekannt.

Eilentscheidungen

Oberbürgermeister Albers gibt dem Gemeinderat die folgenden getroffenen Eilentscheidungen bekannt:

- Die Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben für Umbaumaßnahmen am ALI-Theater in Höhe von 9.233,48 €
- Die Auftragserteilung an die Firma Müller Holzbau GmbH zur Erweiterung des Kindergartens in Gurtweil
- Die Zustimmung zu einem Gerichtsvergleich über einen Erschließungsbeitragsbescheid in Höhe von 14.814,22 € auf 10.000 €
- Die Bereitstellung von 50.000 € außerplanmäßigen Ausgaben im Vermögenshaushalt zur Umsetzung des Neubaus Kindergarten Aarberg und die damit verbundene Beauftragung des Architekten Thomas Oeldenberger mit Planungsleistungen.

115.

Verschiedenes

Information zu Berufungsverfahren wegen stattgegebener Klagen des Verwaltungsgerichtes Freiburg zu Erschließungsbeitragsbescheiden „Badstraße“

Der Oberbürgermeister erläutert zusammen mit dem zuständigen Mitarbeiter Peter Schäuble die Sitzungsvorlage und die Rechtsfragen der Gemeinderatsmitglieder zu dem aufgeführten Punkt.

Schwimmbad- Sanierungen

Der Oberbürgermeister macht auf ein Schreiben der FW-Fraktion hinsichtlich der Einladung von Herrn Gutmann aufmerksam. Er schlägt vor, erst eine Bürgerversammlung zum Thema „Schwimmbad“ einzuberufen und anschließend eine Besichtigungsfahrt mit den Gemeinderatsmitgliedern durchzuführen.

Stadtrat Harald Würtenberger beantragt im Namen der FW-Fraktion, Herrn Gutmann als Fachplaner in die nächste Gemeinderatssitzung einzuladen, um einen Vortrag über die Möglichkeiten und die Nutzung von Naturschwimmbädern anzuhören.

Oberbürgermeister Albers lässt über diesen Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, Fachplaner Gutmann in einer GR-Sitzung zum Thema Naturschwimmbäder anzuhören.

Abstimmungsergebnis:

Bei 11 Ja-Stimmen
und 13 Nein-Stimmen
mehrheitlich abgelehnt

Landeszuschüsse an Volkshochschule

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, erkundigt sich nach der Höhe der Landeszuschüsse an die Volkshochschule Waldshut-Tiengen.

Oberbürgermeister Albers empfiehlt abzuwarten, bis die neuen Zahlen der Volkshochschule ermittelt sind.

Fassade Hochrhein-Sporthalle

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, fragt nach, warum der Putz an der Außenfassade der Hochrhein-Sporthalle bereits jetzt schon erneuert werden musste, obwohl die Halle erst kürzlich saniert worden sei.

Der Bürgermeister Gruner erklärt die baulichen Zusammenhänge in dieser Sache und erwähnt, dass sich die Kosten auf 10.000 € belaufen würden.

Überholverbot Baseler Straße

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, erkundigt sich, ob es denkbar wäre, ein Überholverbot an der Baseler Straße einzurichten, da die Unfallquote an dieser Stelle sehr hoch sei.

Oberbürgermeister Albers erklärt, dass er gegen ein Überholverbot an dieser Stelle sei, erklärt sich aber bereit, die Anregung an das Straßenverkehrsamt weiterzuleiten.

Weihergasse

Stadtrat Harald Langenfeld, FDP-Fraktion, macht darauf aufmerksam, dass sich die Weihergasse in einem desolaten Zustand befinde und sich bereits ein Bürger bei ihm darüber beschwert habe.

OB Albers schlägt vor, die Weihergasse bei der nächsten Besichtigungsfahrt zum Haushalt in Augenschein zu nehmen.

116.

Fragestunde

Demonstration

Ein Bürger nimmt Bezug auf die Demonstration, die am 26.07.2014 in der Waldshuter Innenstadt stattgefunden hat. Er möchte wissen warum die Demonstration am Samstag stattfinden durfte, obwohl das Demonstrationsrecht gemäß Art. 8 GG nur den Deutschen zustehe. Oberbürgermeister Albers antwortet, dass die Demonstration von einem deutschen Staatsbürger angemeldet worden sei.

Ausbau der B 34

Ein Bürger fragt außerdem nach, ob es bereits Planungen für einen eventuellen Ausbau der B 34 gebe. Oberbürgermeister Albers bejaht dies.

Aussage zur Bundeswehr

Ein Bürger hinterfragt die Aussage des Oberbürgermeisters beim letzten öffentlichen Gelöbnis, „es ist die Aufgabe der Bundeswehr, den Frieden in der Welt zu sichern“.

Der Oberbürgermeister antwortet dem Bürger, dass die Bundeswehr hierbei jeweils im Rahmen der Beauftragung durch den Bund oder die NATO handle.

Ersatzmaßnahmen Aarberg und Gewerbepark Hoahrhein

Ein Bürger bezieht sich auf die Zuführung der Naturschutzgebiete Aarberg und des Gewerbeparks Hoahrhein zu einer baulichen Nutzung. Er fragt an, wo die vorgeschriebenen Ausgleichs- und Ersatzflächen für die zerstörten Naturschutzgebiete sind.

Oberbürgermeister Albers antwortet, dass bereits bei der Planung die Ersatzmaßnahmen festgelegt worden seien und diese auch vorhanden seien.

Schulen

Ein Bürger bezieht sich auf eine Äußerung des Oberbürgermeisters, dass auf die Grundschulen Aufgaben zukämen, auf die die Stadt keinen Einfluss hätte und möchte wissen, wie dies zu verstehen sei.

Oberbürgermeister Albers erläutert, dass im Bereich „Schulen“ vom Land Änderungen beschlossen würden, die dann von der Stadt umzusetzen seien.

Bürgerversammlung

Ein Bürger äußert den Wunsch, bei der Bürgerversammlung im Oktober mehr Themen aufzunehmen und anzusprechen, die nicht in Zusammenhang mit Bau- und Verkehr stehen, wie z.B. der Ausbau des Amtsblattes oder die Umweltvernichtung in Zusammenhang mit der Erweiterung des Gewerbeparks Hoahrhein.

Oberbürgermeister Albers meint dazu, dass er für die Bürgerversammlung diejenigen Themen auswähle, die ihm wichtig erscheinen würden. Er erklärt jedoch, dass jeder Bürger bei einer Bürgerversammlung das Recht hätte, auch andere Themen anzusprechen und hierzu Fragen zu stellen.

117.

Beleuchtung Gebäude Dorow-Clinic, Brückenstraße: Besichtigung

Die Gemeinderatsmitglieder und der Oberbürgermeister werden von Herrn Dorow vor der Klinik begrüßt. Das Gebäude wird hierbei in verschiedenen Farben beleuchtet. Herr Dorow erklärt unterdessen, dass er die unterschiedlichen Beleuchtungsfarben und die Dauer der Farbwechsel den Jahreszeiten entsprechend anpassen will. Außerdem soll das Gebäude von zwei Seiten angestrahlt werden und die Beleuchtung voraussichtlich zwischen 22:00 und 23:00 Uhr ausgeschaltet werden.

Der Oberbürgermeister erörtert vor Ort, dass er den Baukörper bereits eindrucksvoll finde und der Beleuchtung positiv gegenüber stehe. Außerdem weist er daraufhin, dass die Beschlussfassung über die Beleuchtung der Dorow-Clinic in der nächsten Gemeinderats-sitzung stattfinden werde.